



Carter-Puppe in Teheran, amerikanische Chomeini-Karikatur, persische Demonstrantin mit Carter-Karikatur*: „Den Schah mit

„Mit dem Teufel Carter reden wir nicht“

Unter dem Druck der Volkswut eröffnete Präsident Carter den Wirtschaftskrieg gegen den Ajatollah Chomeini, Amerika scharte sich, wie immer in außenpolitischen Kri-

sen, um den Präsidenten. Chomeini-Anhänger drohten „härtere Maßnahmen“ gegen die Geiseln in Teheran an. Carter drohte, sie dafür „verantwortlich zu machen“.

Der Angriff begann im Morgengrauen. Er ging lautlos vonstatten, keine Truppen wurden bewegt, kein Schuß fiel. Und doch sandten die Ereignisse der nächsten Stunden „ein Schaudern um die Welt“ („The Wall Street Journal“).

Um 4.46 Uhr morgens am vorigen Mittwoch lief über den Fernschreiber des amerikanischen Finanzministeriums in Washington die Meldung, daß der Iran eine seit Tagen erwartete Maßnahme gegen Amerika ergreifen würde, eine neue Zuspitzung im Geiseldrama von Teheran: Der Iran, so hieß es in dem Agenturbericht, werde seine sämtlichen staatlichen Guthaben, angeblich zwölf Milliarden Dollar, aus den USA abziehen.

Der wachhabende Beamte, Joseph Hatfield, stürzte ans Telefon. Innerhalb von Minuten waren diejenigen alarmiert, die den für diesen Fall vorgesehenen amerikanischen Präventivschlag auslösen würden, an ihrer Spitze Präsident Carters Finanzminister G. William Miller.

Versehen mit den längst vorbereiteten Dokumenten trat Miller um 5.30 Uhr ins Oval Office des Weißen Hau-

ses. Jimmy Carter saß bereits an seinem Schreibtisch.

Die beiden brauchten nicht mehr zu diskutieren, die Entscheidung war schon getroffen, seit Tagen: Bevor der Iran seinen Entschluß verwirklichen konnte, alle iranischen Guthaben aus den USA abzuziehen, froren die USA die in amerikanischen Banken deponierten iranischen Milliarden ein.

In den Stunden bis zu Geschäftsbeginn in den USA blieb genug Zeit, die amerikanischen Verbündeten, vor allem aber die arabischen Länder, über den Einsatz dieser „neuesten Wirtschaftswaffe“ („The Wall Street Journal“) zu informieren und zu versuchen, ihre mögliche Streuwirkung einzudämmen — insbesondere den Opec-Ländern die Furcht zu nehmen, ihre eigenen Mittel in den USA könnten gleichfalls blockiert werden.

Um 8.07 Uhr unterzeichnete Jimmy Carter dann die Executive Order 12170, unter Berufung auf ein Notstandsgesetz aus dem Jahre 1977, das ihm bei „außergewöhnlicher Bedrohung für die Sicherheit der Nation, ihre

Außenpolitik und ihre Wirtschaft“ spezielle Vollmachten gibt.

Damit war, in einem „Umfang, den die Welt seit 1945 nicht gesehen“ hat, der Wirtschaftskrieg zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran ausgebrochen — wie die „Washington Post“ schrieb.

Aus Teheran schoß, in einem Interview mit „Le Monde“, der iranische Außenminister Abdul Hassan Banisadr zurück: Er habe gewußt, daß die USA diesen Krieg vorbereiteten. Banisadr: „Wir werden ihn benutzen, um mit dem amerikanischen Imperialismus abzurechnen.“

Nervenkrieg, Kalter Krieg, Wirtschaftskrieg — der Konflikt zwischen den USA und Persien, der in der zweiten Woche einem Höhepunkt entgegenzusteuern schien, war vor allem ein absurder Krieg:

Das Entwicklungsland Persien, Pro-Kopf-Einkommen 2160 Dollar, gegen die erste Wirtschaftsmacht der Erde, Pro-Kopf-Einkommen 8520 Dollar;

* Plakataufschrift links: „Den Tod für Amerika“, rechts: Titelblatt einer persischen Zeitschrift.



gebundenen Händen übergeben“

der theokratische Despot Ajatollah Chomeini gegen den demokratischen Präsidenten Jimmy Carter, dessen baptistische Gläubigkeit gegen den urtümlichen persischen Rachegeist wie die schiere Aufklärung wirkt; Orient gegen Okzident, ein uralter Konflikt in moderner Gestalt.

Und das alles nicht um militärischer Expansion, Rohstoffreserven oder Absatzmärkte, nicht mal um Kissingers geopolitischer Positionen willen, sondern wegen des persischen Ex-Schahs, den Amerika, und der etwa 60 amerikanischen Geiseln, die Persien nicht herausgeben wollte.

Amerika, oft unreflektierter Kraftmeierei geziehen, mochte in Sachen Ajatollah noch so überlegt vorgegangen sein — unkalkulierbar war in diesem irrationalen Konflikt jeder Schritt.

So sah Washington durchaus die Gefahren der Konten-Beschlagnahme, etwa daß die Iraner ihre Erdölproduktion ganz einstellen oder die Zahlungen für ihr Öl fortan in anderen Währungen als dem Dollar einfordern könnten — mit unabsehbaren Folgen für das labile Gefüge der Weltwirtschaft.

Am Freitag schien sich die abermalige Eskalation schon abzuzeichnen: Aus Teheran verlautete, Persien nehme Zahlungen nur noch in Schweizer und französischen Franken, Mark und Yen entgegen. Obschon Persiens Ölminister dementierte, fiel der Dollar an der Frankfurter Börse sogleich. In Teheran

gingen eine Million Menschen gegen Amerika auf die Straßen.

Doch sogar unheilsschwangere Perspektiven haben die Amerikaner nicht geschreckt, zu tun, was sie zuvor nur angesichts von Krieg oder nach dem Abbruch diplomatischer Beziehungen verfügt hatten: ausländische Gelder in den USA einzufrieren. So waren sie gegen China 1949 vorgegangen, gegen Kuba 1963 oder — nach ihrer Niederlage in Indochina — gegen Vietnam und Kambodscha 1975.

Gleiches nun über den Iran zu verhängen, sollte dem zügellosen Gegner in Teheran, der alle herkömmlichen Grundregeln des Umgangs zwischen Nationen für sich außer Kraft gesetzt hatte, den Ernstfall signalisieren, die Entschlossenheit der USA, so der Sprecher des State Department, „sich nicht mit vorgehaltener Pistole erpressen zu lassen“.

Seltsames geschah daraufhin: Die neue Härte einer Großmacht, die bis dahin alle Demütigungen von seiten des Ajatollah eingesteckt hatte, wurde von der Welt fast mit Erleichterung akzeptiert.

Bonns Kanzler Schmidt, sonst oft ungeniert erster Carter-Kritiker unter den Verbündeten, schickte als erster ein Solidaritätsschreiben. Die meisten arabischen Ölstaaten billigten Carters Maßnahme, die Regierung des Irak, sonst mit Libyen die antiamerikanischste unter den Arabern, stellte gar autoritativ fest, was so mancherorts schon insgeheim, noch nirgends aber öffentlich gesagt worden war: „Das Regime

des Ajatollah ist schlimmer als das des Schah.“

Und den Helden des persischen Massenwahns, den Feldmarschall-Oberpriester Chomeini, überkamen am vorigen Donnerstag höchst menschliche „leichte Ermüdungserscheinungen“, die ihn bis zum 5. Dezember vom weltlichen Schlachtfeld nehmen.

Teheran hatte auch wieder eine Regierung, wenngleich mit unbekanntem Chef und noch ins Amt kommandiert vom sogenannten inoffiziellen Staatsoberhaupt Chomeini, nunmehr unwohl in der heiligen Stadt Ghom.

Im Fernsehen gab er seinen Persern noch weisen Rat für den Fortgang des Konflikts auf den Weg: „Wir haben schon oft die Dinge laufen lassen, ohne vorher zu wissen, welche Folgen das haben würde. Aber Allah hat immer alles aufs beste arrangiert.“

Das sah in der ersten Woche der Geiselnahme wohl so aus, als die Reaktion der USA sich in verwirrter Leisetreterei erschöpfte.

Ängstlich vermied Washington jede Äußerung, die im Iran als Provokation hätte gedeutet werden können. Auch als der Ajatollah seinem Revolutionsrat jeden Kontakt zu Carters eigens entsandtem Unterhändler Ramsey Clark verbot, als er die Vermittlungsversuche der PLO abwies, blieb Washington gelassen, um das Leben der Geiseln nicht zu gefährden.

Erst als der Volkszorn in den USA überzuschäumen drohte, befahl Carter eine Maßnahme, die er wenige Tage zuvor noch abgelehnt hatte: die Ab-



Verbrennung einer Chomeini-Puppe in Utah: „Geeintes Amerika“

Das „Buch der Bücher“ für jeden Läufer

Das komplette Buch vom **Laufen**
James F. Fixx



James F. Fixx
Das komplette Buch vom Laufen
Mit einer Übersicht über die schönsten Trainingsstrecken 384 Seiten mit zahlreichen Farbfotos, geb. DM 32,-
KRÜGER

SOWJETUNION HEUTE

bietet Informationen aus erster Hand: Berichte über das Leben in der UdSSR, über Politik, Wirtschaft und Kultur; Reportagen über das Land, seine Bewohner und seine Sehenswürdigkeiten; Artikel zu Wissenschaft und Technik, über Sport und Freizeit.

Die Zeitschrift ist reich bebildert, zum Teil vierfarbig. Sie erscheint monatlich mit jeweils 68 Seiten. Für DM 6,00 Postgebühren pro Jahr erhalten Sie zwölf Hefte. Herausgeber ist die Botschaft der UdSSR.

SOWJETUNION
10. HEUTE



Wenn Sie untenstehenden Coupon einsenden, schicken wir Ihnen ein Gratisheft, dem eine Bestellkarte beigelegt ist.

Redaktion „Sowjetunion heute“
Von-Groote-Str. 52, 5000 Köln 51

Name _____

Straße _____

Ort _____

schiebung der etwa 4000 von insgesamt 60 000 iranischen Studenten in den USA, die mit ungültigem oder sogar ohne Visum im Lande waren, eine Aktion „ohne Vorbild in Friedenszeiten“, so ein Beamter der Administration.

Schon wenige Tage später konnten die Amerikaner im Fernsehen verfolgen, was in der Tat an den letzten Weltkrieg erinnerte: wie sich im kalifornischen Internierungslager „El Centro“ die Gittertüren hinter Menschen schlossen, persischen Studenten.

Am Montag voriger Woche fiel der nächste Schlag: Die Carter-Administration befahl den völligen Stopp des Ölimports aus dem Iran.

Was dabei zählte, war nicht so sehr die praktische, wirtschaftliche Konsequenz der Maßnahme — die USA beziehen täglich 700 000 Barrel Öl aus

tes Amerika“, tönten nahezu gleichlautend Bakers Mitbewerber um die republikanische Präsidentschaftskandidatur Robert Dole und John Connally: „Wir werden der Welt zeigen, daß wir in solcher Krise hinter unserem Präsidenten stehen.“

Hinter dem Präsidenten stand plötzlich auch dessen Rivale aus der eigenen Partei, Edward Kennedy. Er würde, gab er zu, „grundsätzlich die gleiche Linie verfolgen“.

Beifall erhielt Carter auch von den Leitartiklern („The New York Times“: „Klug und entschlossen“), und an so manch einer amerikanischen Universität demonstrierten zum erstenmal wohl seit einem Jahrzehnt wieder Studenten unterm Sternenbanner für Amerika.

Jeden Tag aufs neue beleidigt durch die Fernsehbilder aus Teheran, wo



Antipersische Demonstranten in den USA*: „Wir lassen uns nicht erpressen“

dem Iran, rund vier Prozent ihres Verbrauchs — als ihr politischer Demonstrationswert.

Ein grimmiger Carter verkündete im Presseraum des Weißen Hauses: „Wir müssen jeden Verdacht beseitigen, daß wir uns durch wirtschaftlichen Druck zur Aufgabe unserer Prinzipien zwingen lassen.“

Amerika beschenkte seinen bislang so glücklosen Präsidenten plötzlich mit einem Aha-Erlebnis: Zum erstenmal seit seinem Amtsantritt vor nunmehr fast drei Jahren erhielt Jimmy Carter Beifall und Zuspruch von allen Seiten, sogar von seinen bislang schärfsten Kritikern und Rivalen.

„Todrichtig“ fand der republikanische Carter-Herausforderer Howard Baker das Ölembargo des Präsidenten. „Dies ist der Augenblick für ein geein-

Amerikas Flagge brannte und amerikanische Bürger von den Banden des bärtigen Ajatollah gefangengehalten wurden, ließen die Amerikaner daheim ihrer Empörung nahezu freien Lauf.

Eine Woge der Wut auf ein fremdes Land, ohne Beispiel beinahe seit den Tagen des Zweiten Weltkriegs, überschwemmte das Land; im ohnmächtigen Zorn auf Chomeini „reagieren wir wieder wie ein Volk“, jubelte der konservative Kolumnist Patrick Buchanan. „Wir können uns wieder als Amerikaner fühlen.“

Tatsächlich hatte Amerika, mochte die Regierung es auch aus Sorge um die Geiseln in Teheran herunterspielen, wieder ein Feindbild. Und das hat in den USA noch fast immer zu einer Solidarisierung der Nation mit dem Präsidenten geführt — egal wie populär oder unpopulär der gerade sein mochte.

* Transparent-Aufschrift: „Blut ist dicker als Öl!“

So scharten sich die Amerikaner 1917 sofort um ihren Präsidenten Woodrow Wilson, als der den „militärischen Herren Deutschlands“ den Krieg erklärte und verkündete: „Die Demokratie muß einen sicheren Platz in der Welt haben.“

Mit Riesenmehrheiten folgte ihm der Kongreß — und auch die Bevölkerung zog mit, obwohl doch Wilson eher ein Apostel des Friedens als ein Kriegsherr war, obwohl er erst ein paar Monate zuvor wiedergewählt worden war, weil seine Partei für ihn werben konnte: „Er hat uns aus dem Krieg herausgeholt.“

Zögernd nur ließ sich die Weltmacht fast ein Vierteljahrhundert später noch einmal in die Pflicht nehmen. Erst als Frankreich 1940 fiel, als das Feindbild Hitler-Deutschland — und im Fernen Osten Japan — immer deutlicher wurde, folgte die Nation auch in der Außenpolitik ihrem Präsidenten Franklin D. Roosevelt. Als erster Präsident der amerikanischen Geschichte wurde er 1940 zum drittenmal ins Weiße Haus gewählt.

Ebenso geschlossen scharten sich die Amerikaner um den Roosevelt-Nachfolger Harry S. Truman, als der 1950 amerikanische Truppen unter der Flagge der Vereinten Nationen nach Korea entsandte: 81 Prozent der Bevölkerung sprachen sich in einer Meinungsumfrage für die Intervention aus.

Die Solidarität bröckelte erst ab, als sich der Krieg in die Länge zog — und



Antiamerikanische Demonstranten*: „Allah hat immer alles aufs beste arrangiert“

als Truman sich weigerte, den Vorstellungen seines populären Generals Douglas MacArthur zu folgen, der einen zweiten Vormarsch in Richtung Norden, Luftangriffe auf China und notfalls sogar den Einsatz der Atombombe forderte.

Truman feuerte MacArthur — und verlor die Unterstützung der Nation: Die Solidarisierung der Amerikaner mit ihrem obersten Kriegsherrn ist offenbar abhängig davon, daß er hart gegen den Feind vorgeht und die Operation zügig abwickelt.

John F. Kennedy beispielsweise erfüllte diese Anforderungen während der Kuba-Krise von 1962. Die Welt stand am Rande des Atomkrieges — aber nach 13 Tagen gaben die Sowjets nach und zogen ihre Raketen aus Kuba ab. In der Gunst der Bevölkerung machte Kennedy einen Sprung von 59 auf 74 Prozent.

Auch zu Beginn des Vietnamkrieges waren die Amerikaner durchaus bereit, ihrem Präsidenten zu folgen. Mit 88 zu 2 Stimmen erteilte der Senat dem Präsidenten Lyndon Johnson weitreichende Vollmachten, und sogar so liberale Blätter wie die „Washington Post“ standen im Lager der Kriegsbefürworter. In der Bevölkerung machte der Meinungsforscher Louis Harris einen „erhöhten Kampfgeist“ aus.

Das änderte sich erst, als sich der Krieg immer weiter in die Länge zog, als immer deutlicher wurde, daß die Dschungel Indochinas nicht geeignet waren, amerikanische Stärke zu demonstrieren.

Mit spontaner Solidarisierung konnte hingegen Gerald Ford rechnen, als er im Mai 1975 auf Drängen seines Außenministers Henry Kissinger für drei kurze Tage Krieg spielte und auf die Kaperung des amerikanischen Handelsschiffes „Mayaguez“ mit dem Einsatz der riesigen Kriegsmaschinerie der USA reagierte.

Die Besetzung der „Mayaguez“ war schon längst an Bord eines US-Zerstörers in Sicherheit, da warfen amerikanische Flugzeuge noch Bomben auf Kambodscha und zerstörten 17 kambodschanische Maschinen; amerikanische Marineinfanteristen landeten auf einer kambodschanischen Insel.

Insgesamt verloren die Amerikaner fast so viele Männer, wie sie hatten retten sollen — und dennoch: Allein die Tatsache, daß sich Ford als „starker Mann“ erwiesen hatte, brachte ihm einen Popularitätszuwachs von elf Punkten. So wollten die Amerikaner ihren Präsidenten sehen.

Trotz der Toten — hätte sich die „Mayaguez“-Krise ein Jahr später ereignet, Jimmy Carter wäre, darin waren sich die Republikaner wie Demokraten einig, kaum je ins Weiße Haus gelangt, der „Mayaguez“-Held Ford hätte gesiegt.

Fords unverhältnismäßig großer Schlag in der „Mayaguez“-Krise wurde denn auch in den vergangenen drei

* Vor der besetzten amerikanischen Botschaft in Teheran.



US-Flagge als Müllbehälter* Botschaft für die Welt

notwendigste Voraussetzung für das Gelingen eines derartigen Coups.

„Schon wenn wir unsere Jungs alarmieren“, so ein Pentagon-Insider, „läßt sich das kaum geheimhalten.“ Erst recht aber würden die Iraner alarmiert, wenn US-Flugzeuge in den Luftraum über Teheran eindringen sollten.

Zwar sank die Kampfkraft der iranischen Armee nach übereinstimmender Beurteilung westlicher Militärs seit der Revolution drastisch. Dennoch wollte keiner der US-Offiziere ausschließen, daß amerikanische Transportflugzeuge von persischen Radareinheiten ausgemacht und — möglicherweise sogar von noch funktionsfähigen Flugabwehr-Raketen made in USA — abgeschossen würden.

Aber selbst wenn Rettungstruppen unbehelligt und unerkannt auf dem Teheraner Flughafen landen könnten, seien die Chancen für eine Rettung der Geiseln immer noch fast null.

Um zur Botschaft zu kommen, müßte sich die Interventionstruppe kilometerweit durch die Innenstadt kämpfen, mitten durch Tausende bewaffneter und fanatisierter Chomeini-Anhänger.

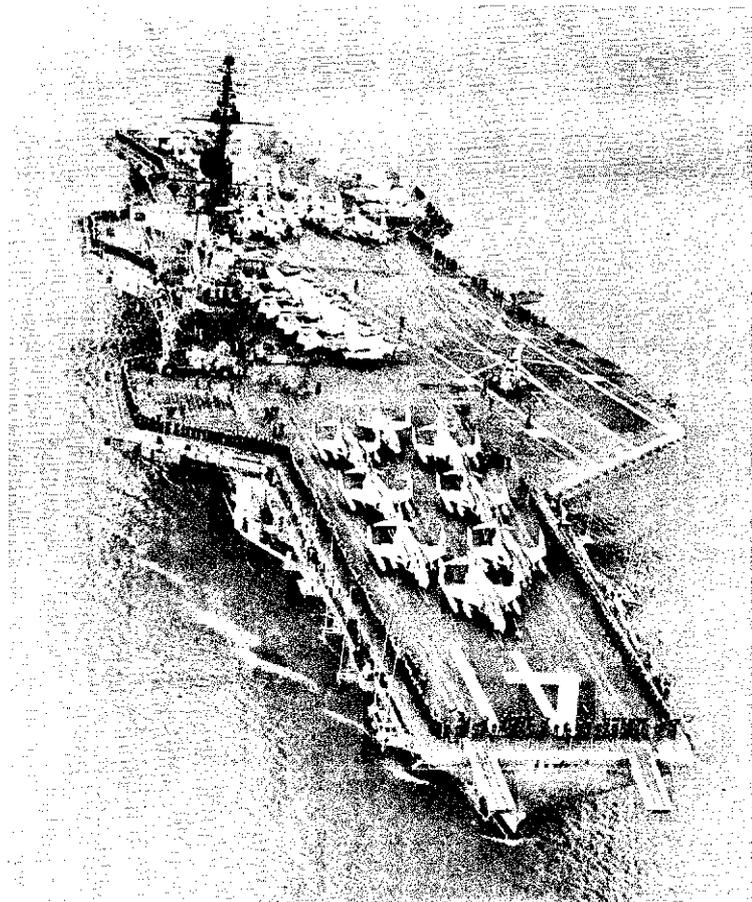
Bis die Ledernacken die Botschaft erreicht hätten, bliebe den Revolutionären in jedem Fall Zeit genug, die Geiseln zu erschießen. Da außerdem nicht einmal mehr feststand, daß sich noch alle Geiseln auf dem Botschaftsgelände befinden, beurteilten die US-Militärs auch die Chancen skeptisch, Truppen direkt auf dem Botschaftsgelände abzusetzen.

Was Washington zusätzlich beunruhigte, war die Nervosität unter den Bewachern der Geiseln: Die islamischen „Wächter der Revolution“ rechneten offenbar jederzeit mit einem amerikanischen Vergeltungsschlag. Als etwa in der vergangenen Woche ein Stromausfall, wie er in Teheran häufiger vorkommt, die Innenstadt verdunkelte, strömten innerhalb weniger Minuten Hunderte von Bewaffneten auf die Straßen vor der Botschaft.

Auch die Reste der in Teheran stationierten Armee haben sich öffentlich für die Sache der Geiselnnehmer erklärt. Mehrmals paradierten Abteilungen der Luftwaffe und des Heeres vor der besetzten Botschaft und versicherten die Besatzer ihrer Unterstützung im Kampf gegen jeden „imperialistischen Angriff“.

In dieser spannungsgeladenen Situation, so fürchtete das Pentagon, könnte jede Militäraktion, noch ehe sie die Geiseln überhaupt erreicht hätte, eher ein Massaker an den Geiseln provozieren als ihre Rettung herbeiführen.

Der frühere Kommandeur des US Marine Corps, General Robert Cushman: „Wir würden viele Iraner töten, aber die Amerikaner wären nicht mehr zu retten.“



US-Flugzeugträger „Midway“: Kurs auf den Persischen Golf

Jahren von konservativen Publizisten und Politikern immer wieder als leuchtendes Beispiel genannt, wenn Amerika sich herausgefordert fühlte — etwa als der Schah von Persien entmachtet wurde und Chomeini die Macht ergriff.

Mit seiner „policy of restraint“, einem Kurs gemäßigter Zurückhaltung, diktiert freilich auch von Überraschung und Ratlosigkeit, entsprach Jimmy Carter so gar nicht der weitverbreiteten Wunschvorstellung vom starken Mann im Weißen Haus. „Wenn Appeasement Kunst wäre“, lästerte etwa John Connally, „dann wäre diese Regierung der Rembrandt unserer Zeit.“

Und als Carter zunächst auf die Herausforderung durch den Ajatollah nicht zu reagieren schien, wurde sogar der erzliberale Kolumnist Joseph Kraft zum Radikalen: „Die USA müssen eine Waffe wieder einführen, die sie selbst erst vor ein paar Jahren zerstört haben: die Fähigkeit zu geheimen Operationen.“ Mit anderen Worten: Wie in der Vergangenheit solle auch in Zukunft die Abteilung „schmutzige Tricks“ der CIA wieder aktiv werden, wenn alle diplomatischen Mittel versagen.

Krafts konservativer Kollege William Safire formulierte gleich einen ganzen Katalog möglicher Maßnahmen gegen Chomeini. Seine wichtigsten Waffen: Die USA sollten alle Lebens-

mittellieferungen an den Iran stoppen, vor allem aber den Aufruhr im Iran unterstützen — durch Waffenlieferungen an die aufständischen Minderheiten, darunter Flugabwehraketen für die Kurden.

Doch dann handelte Jimmy Carter plötzlich — mit anderen Waffen zwar, als die kriegerischen Konservativen ohne Rücksicht auf die geographischen Gegebenheiten gefordert hatten, aber doch entschlossen. Und für den Augenblick jedenfalls folgte ihm die Nation.

Während sich die Amerikaner solidarisch hinter Carter stellten, bot der Kriegsschauplatz Persien ein verwirrendes, widersprüchliches Bild.

Das Zentrum der Macht hat sich von Teheran mehr und mehr in Chomeinis Residenz, die heilige Stadt Ghom, verlagert, einen Marktflecken mit zwei Hotels, drei Tankstellen und gut einem Dutzend Moscheen. „Sie müssen sich das so vorstellen“, sagte ein westdeutscher Diplomat, „als wenn die Bundesrepublik von Maria Laach aus regiert würde.“

Doch in Ghom werden nur die Richtlinien der großen Politik bestimmt. Die kleine Macht in der Provinz teilen sich Hunderte lokaler Diodochon, deren Loyalität zum Klerus und dessen Gottesstaat seine Bewährungsprobe noch vor sich hat. Die Bal-

kanisierung des Iran hat längst begonnen.

In Teheran gehört die Macht den Mullahs, seit Premier Mehdi Basargan zur Strafe für verbotene Kompromißbereitschaft gegenüber dem „Satan Amerika“ (Chomeini) aufs Altenteil geschickt wurde. Die Gemäßigten sind abgemeldet, den großen Sprung zurück ins Mittelalter organisieren die Mullahs allein. Im Revolutionsrat kommt nur noch eine weltliche Stimme auf je drei geistliche Stimmen. Die hastig zusammengestoppelte Regierung, seit Freitag im Amt, hat nicht viel zu melden.

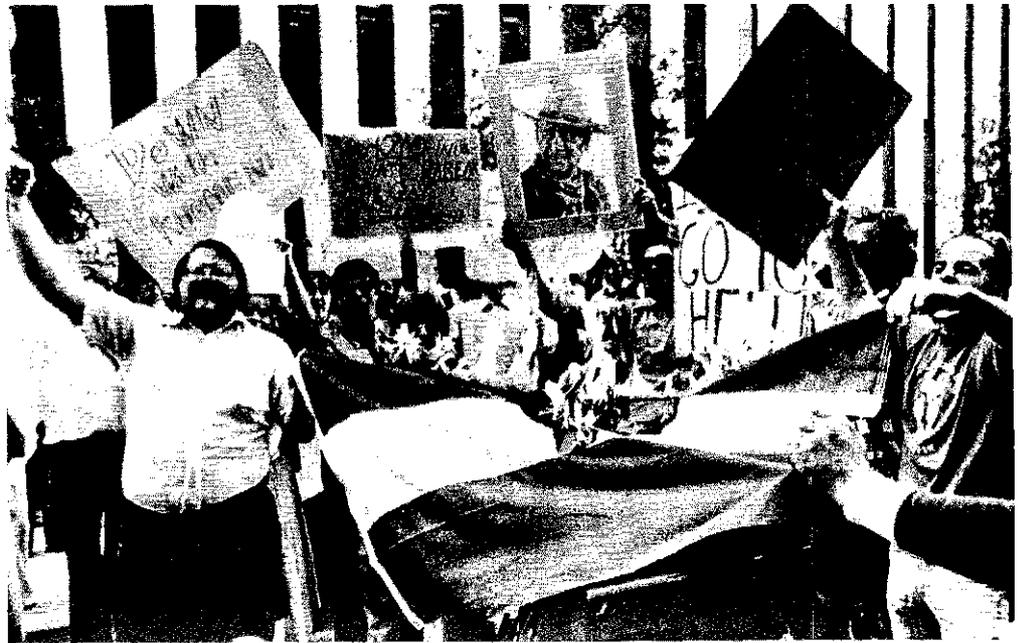
Zu den bedeutendsten Paladinen dieses neuesten geistlichen Regimes auf der Welt gehören

- ▷ Ajatollah Behesch, ein fanatischer Moslem („Carter ist ein Teufel, wir sprechen nicht mit dem Teufel“), der fünf Jahre als Chefprediger am Hamburger „Islamischen Zentrum“ tätig war und jetzt den Aufbau von Chomeinis „Partei der Islamischen Republik“ organisiert;
- ▷ Sadigh Ghotbsadih, einer der engsten Vertrauten Chomeinis während des Pariser Exils, durch seinen in europäischer Campus-Kampfzeit angestauten Haß gegen Nichtmoslems, Linke und Liberale zum Direktor der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt qualifiziert;
- ▷ Ajatollah Chálchali, Chef-Jakobiner und nach eigenem Urteil der „Adolf Eichmann der iranischen Revolution“, der für den blutigen Justizterror in Teheran und in Kurdistan verantwortlich zeichnet;
- ▷ Chomeini-Sohn Ahmed, wegen seiner zwielichtigen Geldgeschäfte bekanntgeworden als „Ajatollah Dollar“, der dem demagogischen Format seines alten Herrn nacheifert, ohne es jedoch zu erreichen.

Der gemäßigte Ajatollah Schariat Madari, bis zu Chomeinis Rückkehr der große alte Mann der Schiiten, wurde durch den Chomeini-Rummel an den Rand gedrängt. Er hat mindestens acht Millionen aserbeidschanischer Schiiten hinter sich.

Eine Art neues Machtzentrum im Persien der vielen revolutionären Gewalten schufen sich die studentischen Besetzer der US-Botschaft mit eigenem Herrschaftsritual wie Botschafterbesuchen und Pressekonferenzen. Aber mit der viel beschworenen Aktionseinheit zwischen Botschaftsbesetzern und Mullah-Administration steht es nicht zum besten. Obwohl Ajatollah Chomeini die Geiselnahme ausdrücklich abgesegnet hatte, ließen sich die Besetzer durch Amtspersonen nicht in Zugzwang bringen. Befehle, gaben sie bekannt, könne ihnen allein der Ajatollah geben.

So ging der zaghafte Kompromißvorschlag, den Außenminister Banisadr an die Adresse Washingtons gerichtet



Verbrennung einer Perser-Fahne in den USA: Erhöhter Kampfgeist...

hatte, im wütenden Dementi der Studenten unter. „Wir akzeptieren keinerlei Erklärungen außer unseren eigenen“, hieß am Donnerstag die Replik auf Banisadr's Ankündigung, es sei beabsichtigt, wenigstens „die Schwarzen und die Frauen“ freizulassen.

Die Vielfalt der Möglichkeiten, die Supermacht Amerika wenn auch nur symbolhaft zu demütigen, war mit dem Verbrennen von Stars and Stripes vor der Botschaft noch nicht erschöpft. Am Mittwoch erschienen die Teheraner Zeitungen mit groß aufgemachten Photos von Studenten, die in einer US-Flagge Müll aus der besetzten Botschaft transportierten.

Nachschub-Geiseln wurden aber nicht mehr akzeptiert: Pipeline-Ingenieur

Tom Rooney aus Tulsa, Oklahoma, von revolutionären Gardien am Flughafen festgenommen und zur Botschaft gebracht, sah sich am Tor zurückgewiesen.

Vorigen Freitag taten die Botschaftsbesetzer nochmals ihre Entscheidung kund, daß eine Ausweisung des Schah aus den USA den Krieg nicht beenden könne. „Wir verkünden der Welt die Botschaft des iranischen Volkes, daß Amerika eine noch größere Beleidigung begehen würde als die früheren, wenn es den Schah ausweist.“

Und: „Der Schah muß der iranischen Nation mit gebundenen Händen übergeben werden.“

Die aberwitzige Forderung war nicht nur politisch und moralisch, sie war



... bei zügigem Handeln: Verhaftete Perser in Hollywood

auch praktisch unerfüllbar. Denn der Mann, den die persischen Robespierres zwecks Exekution verlangten, lag schwerkrank im 17. Stock des „New York Hospital-Cornell Medical Center“, bewacht von 18 schwerbewaffneten Wächtern. Kein Besucher wurde ohne gründliche Prüfung vorgelassen, jeder Blumengruß für den Patienten auf möglicherweise versteckten Sprengstoff untersucht. Die angrenzenden Räume standen leer — Pufferzone für denkbare Explosionen. Kosten der Schah-Suite: 900 Dollar täglich.

Der einst so mächtige Herrscher war schwächling geworden, über 15 Kilogramm verlor er in jüngster Zeit. Ganz klein habe der Kranke ausgesehen, berichtete vor wenigen Tagen ein Schah-Besucher, „wie ein Jockey“.

Vor sechs Jahren war der Schah an Lymphdrüsenkrebs erkrankt. Sein Zustand verschlimmerte sich in den letzten Wochen, ein Krebstumor am Hals erreichte angeblich die Größe eines Tennisballs.

Ende voriger Woche stand dem Ex-Schah, dem vor dreieinhalb Wochen die Gallenblase und Gallensteine entfernt wurden, angeblich noch eine zweite, „außergewöhnlich schwere“ Operation (so seine Ärzte) zur Entfernung von weiteren Gallensteinen bevor.

„Unter keinen Umständen“, meinte denn auch ein Sprecher des New Yorker Krankenhauses, „unter absolut gar keinen Umständen wird der Schah verlegt werden.“ Andere Ärzte dagegen hielten den Kranken für durchaus transportfähig.

Carters Wirtschaftskrieg hatte dem amerikanisch-persischen Konflikt freilich längst eine beklemmende Eigengesetzlichkeit gegeben, für die der Zustand des Patienten im New Yorker „Cornell Medical Center“ nahezu unerheblich schien.

In Teheran marschierten vorigen Donnerstag 80 000 wütende Demonstranten zu der besetzten US-Botschaft. Die Menge kniete zum Gebet nieder, über Lautsprecher wurde ein Boykott aller amerikanischen Waren verlangt, die Botschaftsbesetzer drohten „härtere Maßnahmen gegen die Geiseln“ an, falls Amerika den Schah nur ausweise, nicht ausliefern.

Und in Washington drohte Jimmy Carter, er werde die persische Regierung „für die Unversehrtheit der Geiseln verantwortlich machen“.

„Chomeini ist vom Wahnsinn befallen“

Die Araber fürchten die Islamische Revolution des Ajatollah

Frevelhaftes geschah am 28. Oktober am heiligsten Ort: In Mekka zerrten saudiarabische Polizisten den Schiitenführer Tabatabai vom Podium, kaum hatte der am Vorabend zum diesjährigen Pilgerfest damit begonnen, vor einer millionenstarken Menge von Gläubigen zu sprechen.

Grund — so die saudische Polizei: Der fromme Mann habe nicht den Propheten Mohammed gelobt, sondern die iranische Revolution des Ajatollah Chomeini, und das sei nach saudischen Gesetzen Anstiftung zum Aufruhr.

Als eine Woche später in Teheran der Studenten-Mob die amerikanische Botschaft stürmte und 60 Menschen als Geiseln nahm, war auch das für den Ajatollah Chomeini ein „Akt der Revolution“.

Um den im Namen des Islam entfachten Brand auch jenseits der Grenzen lodern zu lassen, scheint dem Eiferer von Ghom nahezu jedes Mittel recht zu sein. Das jedenfalls fürchten nach über neun Monaten Erfahrung mit der iranischen Revolution seine arabischen Nachbarn.

Dabei hatte der Feldzug Chomeinis für einen strenggläubigen Islam so vielversprechend begonnen. Das Vorbild, das der puritanische Ajatollah gab, machte auch in anderen islamischen Ländern Eindruck.

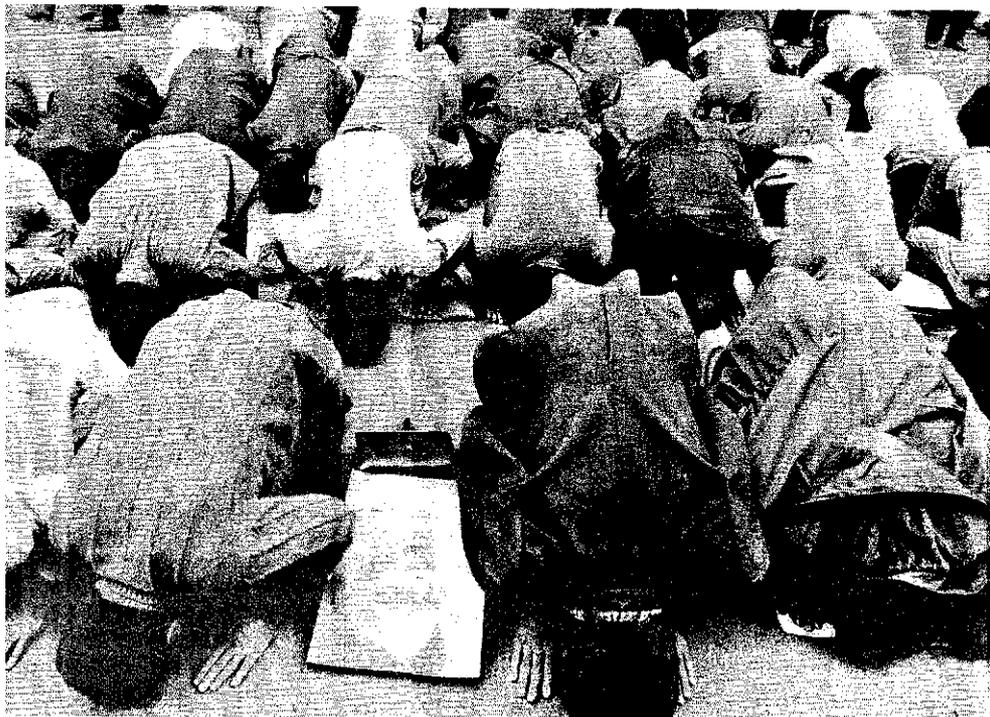
Die Golf-Emirate beeilten sich, das Verbot für Alkoholausschank strenger zu nehmen, in Dubai wurde die Sakat, die islamische Almosensteuer, per Gesetz eingeführt, Kuwait versprach, die Schulbücher im Sinne der islamischen Lehre zu ändern und die Scharia, das islamische Recht, einzuführen.

Selbst das wegen seines Israelvertrages weitgehend isolierte Ägypten war bereit, etwas für die von Chomeini propagierte Renaissance des Islam zu tun: Die Schura, das schon im Koran genannte islamische Beratungs-Gremium, sollte neben dem Parlament Einfluß auf die Gesetzgebung des Landes bekommen.

Doch schon bald waren aus Teheran und Ghom statt frommer ganz andere Töne zu hören. In einer Botschaft rief Chomeini die Moslems in der Türkei dazu auf, „dem Beispiel der islamischen Wiedergeburt zu folgen“, und fügte hinzu: „Die despotischen Regierungen werden von der iranischen Revolution eine Lektion lernen.“

Ajatollah Montaseri, als Mitglied des Revolutionsrates und Chef des Verfassungsausschusses einer der engsten Vertrauten Chomeinis, wurde Anfang Juni beim Freitagsgebet in einer Teheraner Moschee noch deutlicher: „Der Iran wird seine Revolution in alle islamischen Länder exportieren.“

Auch der inzwischen als Vizepremier und Außenminister zurückgetretene Chomeini-Vertraute Jasdi wurde aktiv im Revolutions-Export. Bei einem Be-



Betende Demonstranten vor der Teheraner US-Botschaft: „Mit dem Islam nichts gemein“